

**Humanistische
Union**

Bürgerrechtsorganisation

vereinigt mit der Gustav
Heinemann-Initiative
Landesverb. Berlin-
Brandenburg

Geschäftsstelle:
Haus der Demokratie und
Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel.: 030 / 204 25 04
Fax: 030 / 204 502 57
berlin@humanistische-
union.de

www.humanistische-union.de

Wir wählen Bürgerrechte!

Berliner Parteien auf dem Prüfstand

anlässlich der Wahlen zum Abgeordnetenhaus
am 18. September 2011

Sie interessieren sich für Bürgerrechte?

Sie wollen wissen, was die Parteien für die kommenden Jahre planen?

Dann ist diese Broschüre genau richtig für Sie. Denn in ihr gibt die Humanistische Union einen umfassenden Überblick über die Pläne der sich für eine Regierung bewerbenden Parteien.

Als unabhängige, überparteiliche Bürgerrechtsorganisation beobachtet die Humanistische Union die Berliner Landespolitik. Sie mischt sich ein, wenn Grundrechte betroffen sind. Jetzt informiert sie die WählerInnen über die Bürgerrechtspolitik der Parteien die zur Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011 antreten.

Die Humanistische Union hat die Parteien nach ihren Positionen und künftigen Vorhaben befragt und präsentiert die Antworten. Dabei stehen die Themen Innenpolitik, Demokratie, gesellschaftliche Teilhabe, Strafvollzug und Sicherungsverwahrung im Vordergrund. Gefragt wurden die SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke, FDP und die Piratenpartei, weil ein Einzug in das Abgeordnetenhaus möglich ist. Alle Parteien haben auf unsere Fragen geantwortet.

Inhaltsverzeichnis

WAHLPRÜFSTEINE DER HUMANISTISCHEN UNION ZU DEN ABGEORDNETENHAUS-WAHLEN AM 18. SEPTEMBER 2011	3
Innenpolitik.....	3
Videoüberwachung	3
Polizeibeauftragter	5
Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten	6
Demonstrationsrecht	7
Verdachtsunabhängige Kontrollen.....	7
Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe.....	8
Demokratische Teilhabe	8
Informationsfreiheitsgesetz	11
Bürgerschaftliches Engagement.....	12
Ethikunterricht	15
Bildungschancen	16
Gesellschaftliche Teilhabe.....	17
Integrationsperspektiven	18
Strafvollzug	20
Vermeidung von Haft.....	20
Entlassung auf Bewährung	20
Haftbedingungen	21
Sicherungsverwahrung.....	22

Wahlprüfsteine der Humanistischen Union zu den Abgeordnetenhaus-Wahlen am 18. September 2011

Innenpolitik

Videüberwachung

a) Unter welchen Umständen halten Sie eine Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen für erforderlich?

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union lehnt die Videoüberwachung öffentlicher Räume ab, da die bürgerrechtlichen Risiken gravierend sind, während der Nutzen für die Sicherheit äußerst fragwürdig ist.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum bedeutet einen anlasslosen Eingriff in die Grundrechte zahlloser Menschen. Der Eingriff ist besonders gravierend, wenn nicht nur beobachtet, sondern auch aufgezeichnet wird. Mit großer Sorge beobachtet die Humanistische Union die stetige Ausweitung. Videoaufzeichnung kann Straftaten nicht verhindern, sondern allenfalls dokumentieren. Wissenschaftliche Studien legen nahe, dass lediglich eine Verlagerung der Kriminalität bewirkt wird. Auf den Bahnhöfen des öffentlichen Personennahverkehrs (im Folgenden „ÖPNV“ genannt) wurde bis zu den jüngsten tragischen tödlichen Angriffen auf Fahrgäste in U-Bahnhöfen, bei denen Menschen ernsthaft zu Schaden kamen, Personal durch Kameras ersetzt.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD hält eine Videoüberwachung im Einzelfall für sinnvoll. Sie befürwortet eine Videoüberwachung im ÖPNV.

Die CDU befürwortet ebenfalls die Videoüberwachung zur Kriminalitätsprävention, da sie der Aufklärung von Straftaten diene und abschreckend wirke. Videoüberwachung sei Opferschutz. Datenschutz dürfe kein Täterschutz sein.

Die Grünen haben Zweifel, ob die Videoüberwachung viel zur Sicherheit im ÖPNV beiträgt. Dies sei durch eine Evaluation zu klären. Personal vor Ort ist für sie effektiver und verhältnismäßiger als bloße Videoaufzeichnung.

Die Linke hält eine Videoüberwachung des öffentlichen Raums grundsätzlich nicht für erforderlich. Eine Ausweitung lehnt sie ab. Eine Senkung der Kriminalität durch Videoüberwachung sei wissenschaftlich nicht fundiert. Die durch Ansprechbarkeit von Personen dagegen schon.

Die FDP sieht die Videoüberwachung im öffentlichen Raum skeptisch, da Bürger sich unbeobachtet bewegen können sollten. Eine Aufzeichnung sei allenfalls anlassbezogen zu befürworten (sogenannter „Quick Freeze“).

Die Piraten Berlin lehnen Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen ab. Mehr Sicherheitspersonal sei wirkungsvoller. Die anonyme Wahrnehmung von Grundrechten dürfe nicht erschwert werden.

b) Befürworten Sie eine unabhängige und umfassende wissenschaftliche Evaluation der Kriminalitätspräventionswirkung der Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen?

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union setzt sich für eine unabhängige und umfassende wissenschaftliche Evaluation der Kriminalitätspräventionswirkung der Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen ein. Die Humanistische Union ist der Ansicht, dass Maßnahmen, deren Wirksamkeit zur Erhöhung der Sicherheit nicht ansatzweise nachgewiesen werden kann, keinen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte tausender Menschen rechtfertigen. Nur im Falle der nachgewiesenen Wirksamkeit, darf eine Videoüberwachung öffentlicher Räume überhaupt in Betracht gezogen werden. Dafür ist unabhängige und umfassende wissenschaftliche Evaluation erforderlich.

In der Vergangenheit scheiterte bereits ein Versuch in Berlin, die generalpräventive Wirkung der Videoüberwachung nachzuweisen, kläglich. 2006 beauftragten die Berliner Verkehrsbetriebe (im Folgenden „BVG“ genannt) Wissenschaftler mit der Evaluierung der generalpräventiven Wirkung der Videoaufzeichnung auf drei U-Bahn-Linien. Nachdem die Forscher Ende 2006 einen Zwischenbericht vorgelegt hatten, nach dem sich eine Veränderung der Kriminalitätsrate aufgrund der Einführung der Videoaufzeichnung bisher nicht abzeichne, kündigte die BVG den Evaluationsauftrag auf. Trotz der nicht nachgewiesenen generalpräventiven Wirkung der Videoüberwachung wurde diese im Anschluss extensiv ausgeweitet.

Dass es sich bei dem im Januar 2010 vom Senat vorgelegten Bericht zur Videoüberwachung (Drucksache 16/2958) um keine ernsthafte Auswertung oder gar Evaluation handelt, zeigt bereits dessen Länge von knapp einer Seite in großen Lettern.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

	HU	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	Piraten
Ja	+	+		+	+	+	+ (s.u.)
Nein			+				

Die SPD, die Grünen, die Linke und die FDP befürworten eine fundierte Evaluation der Videoüberwachung, um deren Nutzen abschätzen zu können.

Die CDU möchte keine Evaluation der Videoüberwachung, da deren kriminalitätspräventive Wirkung offensichtlich sei. Zudem stünden nicht die Prävention von Straftaten sondern deren Aufklärung im Vordergrund.

Die Piraten lehnen eine Evaluation ab, da diejenigen in der Beweispflicht seien, die eine generalpräventive Wirkung behaupten. Im Grunde fordern die Piraten damit auch eine Evaluation – nur ist diese von einer ganz bestimmten Personengruppe vorzunehmen.

c) Halten Sie rechtliche Änderungen für erforderlich?

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union fordert die Aufhebung der Befugnis, in öffentlich zugänglichen Räumen des ÖPNV anlasslos Videoaufzeichnungen (Speicherung von Videobildern) vornehmen zu dürfen, wie dies § 24b Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (BlnASOG) und § 31b Abs. 3a S. 2 Berliner Datenschutzgesetz (BlnDSG) bisher erlauben. Eine Erhöhung der Löschrfrist von 24 auf 48 Stunden für Aufzeichnungen, deren Speicherung weder für die Abwehr noch für die Verfolgung von Straftaten erforderlich ist, lehnt die Humanistische Union ab.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

	HU	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	Piraten
Videoüberwachung einschränken	+				+	+	+
Keine				+			
Videoüberwachung ausweiten		+	+				

Tabelle – Befürwortete Änderungen

SPD und CDU möchten anlasslos aufgezeichnete Videoaufnahmen von Menschen im öffentlich zugänglichen Raum länger aufbewahren. Dies beinhaltet auch die Verlängerung der Löschrfrist solcher Aufnahmen im ÖPNV auf 48 Stunden und eine entsprechende Änderung des § 31b Abs. 3a S. 2 BlnDSG („Aufzeichnungen, deren Speicherung weder für die Abwehr noch für die Verfolgung von Straftaten erforderlich ist, sind spätestens nach 24 Stunden zu löschen.“)

Die Grünen sehen dahin gehend keinen Änderungsbedarf.

Die Linke hält die bisherige Speicherdauer für mehr als ausreichend.

Die FDP möchte allenfalls die anlassbezogene Aufzeichnung (sogenanntes Quick-Freeze-Verfahren) zulassen.

Die Piraten lehnen die Videoaufzeichnung ab, da diese nicht schützen könne.

Polizeibeauftragter

Befürworten Sie die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle, die Vorwürfen unverhältnismäßigen polizeilichen Handelns nachgeht („Polizeibeauftragter“)?

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union befürwortet eine unabhängige Beschwerdestelle, die Vorwürfen unverhältnismäßiger Polizeigewalt nachgehen kann. Bisher gibt es für Betroffene im Wesentlichen die Möglichkeit einer Strafanzeige, die regelmäßig zu einer Gegenanzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und fast nie zu Verurteilungen von Polizistinnen und Polizisten führt. Zudem bleiben bei der rechtlichen Auseinandersetzung mit einzelnen Polizistinnen und Polizisten strukturelle Mängel in der Polizei außer Acht. Die an die Leitung der Polizei angebundene Beschwerdestelle hält die Humanistische Union für unzureichend, da sie keine Gewähr für Unabhängigkeit bietet.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

	HU	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	Piraten
Ja	+			+	+	+	+
Nein		+	+				

SPD und CDU lehnen eine Polizeibeauftragte oder einen Polizeibeauftragten ab. Sie halten das derzeitige Beschwerdemanagement für ausreichend.

Die Grünen und die FDP befürworten eine unabhängige Beschwerdestelle.

Auch die Linke und die Piraten befürworten eine unabhängige Beschwerdestelle und wollen eine ausreichende Ausstattung und Befugnisse sicherstellen und die Beschwerdestelle den Polizistinnen und Polizisten öffnen. Die Piraten fordern zudem, dass Ermittlungspersonen der Beschwerdestellen aus anderen Bundesländern kommen sollten, um deren Unabhängigkeit zu stärken.

Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten

Befürworten Sie eine gesetzliche Regelung der individuellen Kennzeichnung mit Namen und/oder Kennnummern?

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union hält für eine effektive Kontrolle der Polizei eine individuelle Kennzeichnung für erforderlich. Im demokratischen Rechtsstaat ist polizeiliches Handeln an Gesetze gebunden, deren Einhaltung im Einzelfall überprüfbar sein muss. Die derzeitige Kennzeichnung aufgrund einer Dienstvorschrift bedarf einer gesetzlichen Fundierung.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

	HU	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	Piraten
Ja	+			+	+	+	+
Nein		+	+				

Die SPD hält die derzeitige Regelung der Kennzeichnung für ausreichend.

Die CDU hält den Zwang zur Kennzeichnung für falsch, da er zu Gefährdungen für Polizistinnen und Polizisten führen könne.

Die Grünen, die Linke und die Piraten befürworten eine gesetzliche Fundierung der Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten im Dienst.

Die FDP befürwortet die Kennzeichnung. Eine gesetzliche Regelung sei allerdings nicht prioritär.

Demonstrationsrecht

Halten Sie weitergehende Eingriffe in das Versammlungsrecht, wie z. B. anlasslose Videoüberwachung der Teilnehmenden und weitere Auflagen für die Veranstaltenden, für erforderlich („Entwurf eines Berliner Versammlungsgesetzes“)?

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union verteidigt entschieden die Versammlungsfreiheit gegen immer wieder aufflackernde Bestrebungen, sie zu beschränken. Ein Berliner Versammlungsgesetz darf keine zusätzlichen Eingriffe und Auflagen, die das Versammlungsrecht einschränken, legitimieren.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

	HU	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	Piraten
Ja		+	+				
Nein	+			+	+	+	+

Die SPD befürwortet zumindest einen Eingriff in die Grundrechte von Versammlungsteilnehmern durch eine Videoüberwachung von Versammlungen und möchte diesen auch gesetzlich regeln, falls dies erforderlich sein sollte.

Auch die Berliner CDU ist für eine Ausweitung der Anlasstatbestände für die Videoüberwachung bei Versammlungen.

Die Grünen und die FDP sind gegen Eingriffe in die Versammlungsfreiheit.

Die Linke und die Piraten würden einem Berliner Versammlungsgesetz nur zustimmen, wenn dadurch die Grundrechte von Versammlungsteilnehmern gegenüber der derzeitigen Rechtslage gestärkt würden.

Verdachtsunabhängige Kontrollen

Befürworten Sie die Abschaffung verdachtsunabhängiger Kontrollen an sogenannten „kriminalitätsbelasteten Orten“?

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union fordert seit langem eine Abschaffung der verdachtsunabhängigen Kontrollen. Wer sich an einem öffentlich zugänglichen Ort gesetzeskonform verhält, hat das Recht, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden. Es widerspricht dem Menschenbild des Grundgesetzes, wenn jeder Mensch vom Staat als potenziell kriminell behandelt wird. Außerdem ist die Auswahl der von der Polizei kontrollierten Personen tendenziell rassistisch, weil fremd aussehende Menschen eher kontrolliert werden.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

	HU	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	Piraten
Ja	+			+	+	+	+
Nein		+	+				

Die SPD befürwortet verdachtsunabhängiger Kontrollen, da sie auf die „notwendige Erfahrung und Expertise“ der Polizei vertraue, „dieses präventive Mittel mit dem gebotenen Augenmaß einzusetzen“.

Auch die CDU ist für verdachtsunabhängige Kontrollen. Sie meint, dass wer kriminalitätsbelastete Orte freiwillig aufsuche, auch mit Kontrollen rechnen müsse.

Die Grünen fordern eine kritische Prüfung der verdachtsunabhängigen Kontrollen, auch weil von der Polizei Orte als kriminalitätsbelastet eingestuft würden, an denen sich „Personen treffen, die gegen aufenthaltsrechtliche Strafvorschriften verstoßen“. Dies dürfe nicht dazu führen, dass Personen allein wegen ihres Aussehens kontrolliert würden.

Die Linke sieht verdachtsunabhängige Kontrollen kritisch und problematisiert die Definitionshoheit der Polizei über diese oft nicht öffentlich ausgewiesenen Orte. Dadurch könne die Polizei ihre Befugnisse ohne demokratische Kontrolle ausweiten.

Die FDP lehnt verdachtsunabhängige Kontrollen ab, sieht es allerdings in Einzelfällen als durchaus geboten an, an kriminalitätsbelasteten Orten gegebenenfalls geringere Anforderungen an Anhaltspunkte zu stellen, die einen Verdacht begründen könnten.

Die Piraten lehnen verdachtsunabhängige Kontrollen ab. Wer sich an einem öffentlich zugänglichen Ort gesetzeskonform verhalte, solle keiner Kontrolle durch staatliche Behörden unterliegen.

Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe

Demokratische Teilhabe

a) Wollen Sie die Einflussmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern auf bezirklicher Ebene verbessern?

Wenn ja, nennen sie bitte Ihre drei wichtigsten Maßnahmen.

Position der Humanistischen Union

Für die Humanistische Union stehen die aktive Bürgerinnen und Bürger im Zentrum der Demokratie. Direktdemokratische Partizipation einschließlich Volksgesetzgebung ist aus dieser Perspektive gleichrangig zu repräsentativdemokratischen Entscheidungsprozessen. Dies ist in Deutschland nirgends hinreichend realisiert.

Die Humanistische Union begrüßt, dass in Berlin sich hier in den vergangenen Jahren viel bewegt hat.

Während auf bezirklicher Ebene die erfolgreiche Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden so sehr erleichtert wurde, dass diese Instrumente seit ihrer Reform bereits oft genutzt wurden, erlauben die Erleichterungen auf Landesebene kein so positives Fazit.

Außerdem sollte auf bezirklicher Ebene verstärkt mit Bürgerhaushalten und Bürgerbeteiligungen experimentiert werden. Dabei muss am Anfang des Verfahrens immer deutlich gesagt werden, was das Verfahren bewirken kann. Besonders bei Baumaßnahmen muss es zu einer vorgezogenen Bürgerbeteiligung und öffentlichen Erörterungsterminen kommen, bei denen auch die Null-Variante (also dass das Projekt nicht verwirklicht wird) geprüft wird.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD will partizipative Ansätze und Verfahren ausbauen. Dazu gehört ein kommunales Wahlrecht für dauerhaft in Berlin lebende Menschen. Es soll ein Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendbeteiligung entwickelt und das Seniorenmitwirkungsgesetz vollständig umgesetzt werden. Außerdem soll in der nächsten Wahlperiode auch für die Abgeordnetenhauswahlen das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden.

Die CDU hält die derzeitigen Einflussmöglichkeiten der Bürger für ausreichend.

Bündnis 90/Die Grünen wollen verbindliche Bürgerentscheide auf Bezirksebene, den Abbau von unnötigen bürokratischen Hemmnissen und eine bessere Information der Bürger über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten.

Die Linke sieht, trotz vieler Erfolge in den vergangenen Jahren ebenfalls noch Verbesserungsmöglichkeiten. So will sie Bürgerhaushalte und Kiezfonds in allen Bezirken. Sie will das „gläserne Rathaus“ und die Bedingungen dafür verbessern, dass aus einer formalen Bürgerbeteiligung eine reale Einflussnahme wird.

Die FDP hält eine frühere und stärkere Beteiligung von Bürgern bei größeren Infrastrukturprojekten für sinnvoll und verweist auf ein Positionspapier der Bundestagsfraktion zu dem Thema.

Die Piratenpartei will eine Online-Demokratieplattform einrichten, Bürgerhaushalte in den Bezirksverwaltungen, keine Altersgrenze beim aktiven Wahlrecht (wenn der Wähler sich eigenständig in das Wahregister einträgt) und auch für Nicht-EU-Bürger das bezirkliche Wahlrecht.

b) Sollen Bürgerentscheide auf bezirklicher Ebene verbindlich sein?

Position der Humanistischen Union

Die HU ist für verbindliche Bürgerentscheide. In dem Rahmen sollte auch überlegt werden, ob Entscheidungen der Bezirksverordnetenversammlung (im Folgenden „BVV“ genannt) nicht auch verbindlich sein sollten. Denn derzeit ist die BVV zu oft ein beratendes Gremium.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

	HU	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	Piraten
Ja	+			+	+	+	+
Nein		+	+				

c) Befürworten Sie eine Änderung der Quoren auf Bezirks- und Länderebene?

Position der Humanistischen Union

Es ist erfreulich, dass in den Bezirken in der derzeitigen Legislaturperiode das Beteiligungsquorum von 15 Prozent auf ein Zustimmungsquorum von 10 Prozent geändert wurde. Beim Beteiligungsquorum bestand das Problem, dass eine „Nein“-Stimme beim Bürgerentscheid ungewollt zum Erfolg beitragen konnte, weil sie der Initiative den Sprung über das Quorum ermöglichte. Beim Zustimmungsquorum entfällt dieses Problem, da nur „Ja“-Stimmen für das Erreichen des Quorums zählen.

Das Zustimmungsquorum sollte dennoch weiter gesenkt werden. Es ist in Betracht zu ziehen, ob es bei der derzeitigen Gesetzeslage, bei der Bürgerentscheide für die BVV nicht bindend sind, überhaupt ein

Quorum geben muss. Zudem betreffen viele Bürgerentscheide nur einen kleinen Teil des Bezirks und dann ist es schwierig in dem gesamten Bezirk das erforderliche Quorum zu erreichen.

Auch auf Landesebene gab es in den vergangenen Jahren mehrere Volksentscheide. Aber sie scheiterten, bis auf einem, an dem Quorum (Mehrheit der Abstimmenden und Zustimmung von mindestens 25 % der Wahlberechtigten).

Das Zustimmungsquorum ist mit 25 % der Wahlberechtigten (plus mind. 50 % der Abstimmenden) weiterhin so hoch, dass diese Hürde schwer zu nehmen ist, wenn der Volksentscheid nicht zeitgleich mit einer Wahl stattfindet.

Das besondere Zustimmungsquorum für Verfassungsänderungen ist mit 50 % der Wahlberechtigten (plus mind. 75 % der Abstimmenden) so hoch, dass es eine illusorische theoretische Möglichkeit bleibt.

Die Humanistische Union fordert die für die Landesebene geltenden Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide weiter abzusenken.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

	HU	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	Piraten
Ja	+				+	-	-
Nein		+	+	+			

d) Welche Reformen des Landeswahlrechts streben Sie an (z. B. Wahlalter 16, 3-Prozent-Hürde, Ausländerwahlrecht, Kumulieren, Panaschieren)?

Position der Humanistischen Union

Die HU hält das derzeitige Berliner Wahlrecht für veraltet und hat sich deshalb auch an der Initiative „Mehr Demokratie beim Wählen“ beteiligt. Die Humanistische Union befürwortet das Wahlalter 16, ein Absenken der 5-Prozent-Hürde auf 3 Prozent, ein Wahlrecht für alle in Berlin lebenden Ausländer auch für das Abgeordnetenhaus, die Einführung eines Kumulier-Panaschiersystems (das auch in München und Frankfurt von den Wählern verstanden wird und das dazu führt, dass die Wähler die Parteilisten ändern können und ihre Stimme zwischen verschiedenen Parteien aufteilen können), einer Alternativstimme (was dazu führen würde, dass nicht mehr deutlich über zehn Prozent der Stimmen verfallen, weil die Wählenden neben ihrer Wunschpartei auch ihre Stimme auf ihre zweitliebste Partei übertragen können) und Mehrmandatswahlkreise (was dazu führen würde, dass bei den Direktkandidaten mehr Stimmen zählen würden).

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD, die Grünen und die Linkspartei sind für das Wahlalter 16 und ein kommunales Wahlrecht für dauerhaft in Berlin lebende Ausländer.

Das Kumulieren und Panaschieren bei Wahlen hält die SPD dagegen für „nicht zumutbar“ für die Wähler. Die Linkspartei will es immerhin prüfen.

Grüne und Linkspartei wollen ein Absenken der 5-Prozent-Hürde prüfen.

Die FDP will, dass die Wähler kumulieren und panaschieren dürfen. Darüber hinaus will sie das Wahlalter 16 prüfen.

Die Piratenpartei will, bei einer eigenständigen Anmeldung im Wahlregister, keine Altersgrenze, ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger und eine umfassende Reform des Wahlrechts, das dann auch die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens und einer Ersatzstimme beinhaltet.

Die CDU sieht keinen Änderungsbedarf beim Wahlrecht.

Informationsfreiheitsgesetz

Was wollen Sie tun, damit Dokumente, die nach dem IFG offen gelegt werden können, von der Verwaltung im Internet veröffentlicht werden?

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union steht für eine selbstbewusste Bürgergesellschaft die der öffentlichen Verwaltung auf Augenhöhe gegenüber steht. Sie sieht die Bürgerschaft als Souverän in der Demokratie und fordert deshalb eine weitest mögliche Transparenz des gesamten Staates.

Informationsfreiheitsgesetze sind hierzu ein wesentlicher Baustein, weil hier das Prinzip gilt: Alle Handlungen des Staates sind öffentlich.

Die in allen deutschen Informationsfreiheitsgesetzen präsente Gegenposition, Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse durch Ausnahmetatbestände dem Transparenzprinzip zu entziehen, verträgt sich nicht mit dem Demokratieverständnis der Humanistischen Union.

Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz (BlnIFG) ist bei der Bevölkerung und den MitarbeiterInnen der Verwaltung noch zu wenig bekannt. Neben der Information der Öffentlichkeit über das Gesetz muss deshalb eine Aufklärungskampagne innerhalb der Verwaltung gestartet werden, um Widerstände gegen die Aufgabe des Amtsgeheimnisses abzubauen.

Die Humanistische Union fordert die Überprüfung der Ausnahmeregelungen des BlnIFG – insbesondere derer im „öffentlichen Interesse“ – mit dem Ziel, deren Reichweite zu begrenzen und mehr Klarheit für die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung zu schaffen. Ferner sollten mehr Dokumente proaktiv durch die Verwaltung im Internet verfügbar gemacht werden.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD hält das derzeitige BlnIFG für bundesweit vorbildlich. Dennoch soll es weiterentwickelt werden und die Verwaltung soll sich stärker an den Kriterien des „Open Governments“/E-Government orientieren.

Die CDU will am IFG und der Praxis nichts ändern.

Die Grünen sehen das BlnIFG als Maßstab, nach dem Verwaltungen Dokumente online stellen sollten. Weil derzeit die Verwaltungen dies verschieden handhaben, soll mit einem E-Government-Gesetz ein einheitliches Verfahren sichergestellt werden.

Die Linke ist für größtmögliche Transparenz. Deshalb soll auch möglichst viel im Internet veröffentlicht werden.

Die FDP will vor allem städtebauliche Verträge veröffentlichen sowie Verträge von Unternehmen, die sich mehrheitlich im Landeseigentum befinden. Eine generelle Veröffentlichung aller Dokumente, die nach dem IFG offen gelegt werden können, sei wegen des Aufwandes im Hinblick auf den Datenschutz nicht sinnvoll.

Die Piratenpartei ist für die Umsetzung der Prinzipien des „Open Governments“.

Bürgerschaftliches Engagement

Position der Humanistischen Union

Aus Sicht der Humanistischen Union ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Von politischer Seite ist zu erwarten, dass sie bürgerschaftliches Engagement anerkennt, fördert und in Entscheidungen einbezieht. Der Staat kann die Zivilgesellschaft nicht ersetzen, aber er kann die Rahmenbedingungen verbessern.

Dazu gehören ein umfassender Versicherungsschutz, Qualifikationsmöglichkeiten, Aufwandsentschädigungen und Vergünstigungen für freiwillig Engagierte. Ebenso muss das Steuerrecht so geändert werden, dass sich ehrenamtliches Engagement auch für Menschen mit einem geringen oder keinem Einkommen lohnt. Bereits während der Schulzeit sollte das bürgerschaftliche Engagement gefördert werden.

Damit das Ehrenamt in Berlin präzenter wird, sind die Erfahrungen des Quartiermanagement zu nutzen, ein Freiwilligenstrukturatlas zu erstellen und eine Ehrenamtskampagne durchzuführen.

a) Wie wollen Sie Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Institutionen besser an der Planung und Umsetzung von Maßnahmen beteiligen?

Positionen der Parteien

Die SPD verweist auf die Erweiterung von Instrumenten der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung in Verfassung und Planungsverfahren (inkl. Handbuch zur Partizipation für die Berliner Verwaltung).

Die CDU will Institutionen des bürgerschaftlichen Engagements künftig anhand eines Strukturmodells in Planungsverfahren (insbesondere zur sozialen Versorgung und für Stadtteilkonzepte) einbeziehen.

Die Grünen heben allgemein die Notwendigkeit einer neuen Beteiligungskultur hervor. Dies erfordere mehr Transparenz über öffentliche Planungen und Projekte sowie eine Verpflichtung der Verwaltungen zur Information über Stand und Beteiligungsmöglichkeiten.

Die Linke erinnert an den Ausbau direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten im Land und auf Bezirksebene. Im Bereich kommunaler Selbstverwaltung fordert sie die verbindliche Mitentscheidung der BürgerInnen im Wohnumfeld, Kiez, Stadtteilkonferenzen, Vereinen usw. Als gute Beispiele angeführt werden bestehende Beteiligungsmöglichkeiten zum Bürgerhaushalt (Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf) oder die mögliche Einrichtung von Kiezfonds.

Die FDP hebt ab auf die erforderliche Transparenz und verweist unter anderem auf die Notwendigkeit der Umsetzung durch die Verwaltung, insbesondere der Bezirksverwaltung. Politische Entscheidungen sollten grundsätzlich transparent und unter Beteiligung Engagierter erfolgen.

Die Piraten betonen die Notwendigkeit direktdemokratische Beteiligungsformen, beispielsweise unter Einbezug einer Demokratie-Plattform im Internet. Zudem sollen zivilgesellschaftliche Institutionen gezielt einbezogen werden, woraus eine zusätzliche Vernetzung der Beteiligten erhofft wird.

b) Erkennen Sie den Wert und Eigensinn des zivilgesellschaftlichen, freiwilligen Engagements in Berlin an? Wie könnte die Anerkennungskultur für freiwillig engagierte Bürgerinnen und Bürger in Berlin verbessert werden?

Positionen der Parteien

Seitens der SPD wird die Einführung der Ehrenamtskarte und die verstärkte Gewinnung von Jugendlichen als ehrenamtlich Engagierte (Freiwilliges soziales Jahr, Jugendfreiwilligendienst sowie eine Vereinbarung [„Abkommen für die Jugend“]) mit dem Landesjugendring erwähnt.

Die CDU will, dass das ehrenamtliche Engagement bei schulischen und beruflichen Beurteilungen stärker berücksichtigt wird. Die Ehrenamtskarte soll weiteren Engagierten zugänglich gemacht werden und zusätzliche Vergünstigungen ermöglichen. Das Thema bürgerschaftliches Engagements soll stärker beworben werden.

Die Grünen verweisen auf das erhebliche soziale Kapital des sozialen Engagements und warnen vor möglichen Verdrängungstendenzen, beispielsweise durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder (niedrig) entlohnte Beschäftigungen. Eine Erstattung tatsächlicher Aufwendungen soll möglich bleiben, damit sich auch Ärmere ein Engagement leisten können. Die Anerkennungskultur soll ausgebaut werden, zum Beispiel durch Berücksichtigung des Engagements in Zeugnissen, bei Einstellungen und Beförderungen. Gefordert wird die bisher vernachlässigte Gewinnung Freiwilliger aus bildungsfernen Familien und mit Migrationshintergrund.

Die Linke thematisiert ebenfalls den ideellen und praktischen Wert des Engagements zur Selbstorganisation und Interessenvertretung Engagierter. Erinnert wird an die Einführung eines Versicherungsschutzes für Freiwillige (2005), die Einführung des FreiwilligenPasses, und des Internetportals „Bürger Aktiv“. Auch die Linke fordert einen Ausbau der Anerkennungskultur sowie eine Stärkung der infrastrukturfördernden Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftshäuser und Freiwilligeninitiativen.

Die FDP unterstreicht die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements als gesellschaftliche Ressource, auch als wertvolle Ergänzung im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge. Gefordert wird die Stärkung der Anerkennungskultur zum Beispiel durch Anrechnung sozialen Engagements als Praktika oder für Wartezeiten. Verlangt wird auch die Berücksichtigung entstandener Aufwendungen im Gemeinnützigkeitsrecht; für vorstellbar gehalten wird hierbei auch eine steuerliche Absetzbarkeit von Zeitspenden. Schließlich sollen Unternehmen ermutigt werden, bei Stellenausschreibungen auf das Engagement von Bewerbern zu achten.

Die Piraten sehen das freiwillige Engagement als grundlegende Voraussetzung zur Verbesserung des Zusammenlebens und zur Stärkung von sozialer Teilhabe. Eine Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements darf jedoch nicht zu bewertenden Vergleichen der unterschiedlichen Engagements Einzelner führen. Das Engagement sollte auch durch eine Öffentlichkeitsarbeit des Landes gewürdigt werden, die eine stärkere Vernetzung engagierter Personen, Vereine und Verbände fördert. Auf der gesellschaftlichen Ebene sollte die Anerkennung des freiwilligen Engagements gleichberechtigt mit der Anerkennung von beruflichem oder finanziellem Status verstanden werden.

c) Nennen Sie drei Maßnahmen, mit denen Sie Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements (z. B. Nachbarschaftshäuser oder das Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“) stärken wollen.

Positionen der Parteien

Die SPD plant zur Stärkung der Infrastruktur für das bürgerschaftliche Engagement eine Weiterführung des bisherigen Bundesprogramms „Soziale Stadt“ (ausgelaufen 2010) aus Landesmitteln. Ebenfalls vorgesehen sind eine besondere Unterstützung der Sportvereine sowie die Stärkung von nachbarschaftlichen Initiativen (Patenschaften für Grünpflege).

Die CDU tritt für eine qualifizierte Fortsetzung des Stadtteilzentrenvertrags ein. Zur Sicherung der Finanzierung des Landesnetzwerks Bürgerengagement „Aktiv für Berlin“ setzt sie sich für einen erneuten Vertragsabschluss mit der Liga der Wohlfahrtsverbände ein. Zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements will die CDU zudem die Akquisition von Fördermitteln sowie die Nutzung derzeit nicht genutzter öffentlicher Infrastruktur unterstützen.

Von den Grünen wird der Erhalt und Ausbau von infrastrukturfördernden Einrichtungen wie z.B. Freiwilligenagenturen gefordert. Ebenfalls gewollt ist die Einrichtung eines Eine-Welt-Zentrums im Rahmen des entsprechenden Promotorenprogramms des Bundes, das zivilgesellschaftlichen Initiativen offen steht. Schließlich sollen Netzwerke des Engagements auf lokaler Ebene neu geknüpft beziehungsweise gestärkt werden unter Einbezug von beispielsweise Nachbarschaftszentren, Mehrgenerationenhäuser, Betreuung, Qualifizierung zum Beispiel für die Bereiche Altenhilfe und Mobilitätshilfe.

Die Linke will mindestens eine Freiwilligenagentur in jedem Berliner Bezirk einrichten. Zudem sollen die Mittel für Selbsthilfeeinrichtungen, freiwilliges Engagement in der Pflege und für Nachbarschaftszentren erhöht werden; für die Nachbarschaftszentren wird hierbei an eine Erhöhung der Haushaltsmittel um jährlich 1 Mio. Euro gedacht. Ebenfalls vorgesehen ist eine langfristige Sicherung des „Treffpunkt Hilfsbereitschaft“ als gesamtstädtische Freiwilligenagentur. Weiter unterstützt wird die kostenfreie Überlassung ungenutzter städtischer Infrastruktur für bürgerschaftliche Initiativen sowie die Gründung einer Beratung und Informationsstelle zur Akquise von Fördermitteln. Schließlich werden auch Bürgerstiftungen zur Unterstützung bezirklicher Aktivitäten unterstützt.

Die FDP beabsichtigt den Aufbau einer Beratungsstelle für die Akquise von Fördermitteln. Ebenfalls angestrebt ist die Überlassung nicht genutzter öffentlicher Infrastruktur, wo dies mit einem Mehrwert für die Gesellschaft verbunden wird. Darüber hinaus wird auch an eine Überlassung von privater Infrastruktur (gegebenenfalls über Zwischennutzungsverträge) angeregt.

Die Piraten schlagen die Organisation monatlicher Treffen Engagierter auf Bezirks- und Landesebene vor, auf denen Engagementgelegenheiten vorgestellt werden. Ebenfalls vorgeschlagen wird ein Ehrenamtstag für Schüler und Studenten. Schließlich werden der Ausbau und die Stabilisierung von Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Bürgerbüros, Beratungs- und Selbsthilfekontaktstellen gefordert.

Ethikunterricht

a) Strengen Sie Änderungen der Rahmenbedingungen für den Ethikunterricht an?

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union hat die Einführung des Faches Ethik für alle Schülerinnen und Schüler unterstützt und das Modell verteidigt gegenüber Bestrebungen, es durch eine Änderung des Schulgesetzes zu einem Wahlpflichtfach herabzustufen.

Ein religiös und weltanschaulich neutrales Fach für alle ist nach unserer Auffassung gerade im multireligiösen und größtenteils konfessionslosen Berlin sinnvoll. Der von den Kirchen und vom Volksbegehren „Pro Reli“ geforderte staatliche Religionsunterricht würde die Aufgaben von Staat und Kirche vermengen und die bisher vollständige Freiwilligkeit der Teilnahme an einem bekenntnisgebundenen Unterricht einschränken.

Im Bündnis „Pro Ethik“ setzt sich die Humanistische Union zudem dafür ein, dass die konkrete Ausgestaltung des Faches Ethik den gesetzlichen Vorgaben besser gerecht wird. Eine Praxis des „Kooperationsmodells“, bei der evangelische Religionslehrer große Teile des Ethik-Unterrichts übernehmen, lehnen wir ab.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

	HU	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	Piraten
Ja			+				-
Nein	+	+		+	+	+	

Die SPD will die Rahmenbedingungen grundsätzlich beibehalten und Erfahrungen aus der Einführungsphase für die Weiterentwicklung nutzen.

Die CDU möchte eine Wahlpflichtfachgruppe Philosophie/Ethik und Religion einführen und dazu Erfahrungen aus dem Modellversuch und der Kooperation zwischen Ethik und Religion nutzen. Rahmenplan und Qualifizierung der Ethik-Lehrer kritisiert sie als unzureichend.

Die Grünen wollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen beibehalten, sehen aber Verbesserungsbedarf bei der Qualifikation und der Kooperation mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

Die FDP will keine Änderung der Rahmenbedingungen.

Die Linke will die Rahmenbedingungen eher nicht ändern, aber die Qualität verbessern durch Qualifizierung und Weiterentwicklung des Rahmenplans.

Die Piraten wollen das Fach nutzen, um einen Austausch zwischen Schülern unterschiedlicher Bezirke über ihre Lebenssituation zu ermöglichen. Zudem sollen Besuche bei gemeinnützigen Organisationen stattfinden.

b) Was ist zu tun, damit mehr EthiklehrerInnen adäquat für das Fach ausgebildet sind?

Position der Humanistischen Union

Die konkrete Ausgestaltung des Faches Ethik ist nach Auffassung der Humanistischen Union verbesserungsbedürftig. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen dafür ausgebildet sein, lebensnah und kompetent unterschiedliche Religionen, Weltanschauungen und Kulturen zu behandeln. Dabei dürfen sie nicht in einer Weise Partei ergreifen, die dem bekenntnisneutralen Charakter des Faches widerspricht. Es ist anzustreben, dass alle Ethik-Lehrerinnen und -lehrer für diese verantwortungsvolle Aufgabe an der Universität ausgebildet werden.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD ist der Auffassung, dass eine bedarfsgerechte Lehrerausbildung bereits vorhanden ist. Sie verweist auf die laufenden Studiengänge an der Freien Universität Berlin und an der Humboldt-Universität zu Berlin und Fortbildungen.

Die CDU kritisiert die bisherige Qualifizierung als unzureichend. Sie fordert eine Evaluierung und die Verbesserung der Ausbildung, sowie die Etablierung eines Faches Philosophie/Ethik in der Lehrerausbildung.

Die Grünen wollen den Einsatz fachfremder Lehrerinnen und Lehrer stoppen, die Weiter- und Fortbildung ausbauen und setzen langfristig insbesondere auf den Studiengang an der FU.

Die Linke will die Weiterbildung fortführen und die Ausbildung an HU und FU absichern. Sie verweist auf die Verpflichtung der Universitäten, ab 2014 jährlich mindestens 1.000 Lehramtsabsolventen auszubilden.

Die FDP will der Fortbildung einen höheren Stellenwert beimessen. Ausgebildete Ethiklehrer müssten eine stärkere Anerkennung ihrer Qualifikation gegenüber nicht ausgebildeten Lehrern erhalten.

Die Piraten wollen, dass die Grundlagen des Faches Ethik nicht allein über Lehrerfortbildung vermittelt werden und fordern die Einrichtung eines Studiengangs Ethik.

Bildungschancen

***Was wollen Sie tun, um die Bildungschancen von sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern und Kindern mit Sprachdefiziten zu verbessern?
Bitte nennen Sie Ihre drei wichtigsten Punkte.***

Position der Humanistischen Union

Die Förderung von Bildungschancen ist für die Humanistische Union ein essentieller Bestandteil der sozialen Rechte. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass der Bildungserfolg in Deutschland wie in kaum einem anderen Land von der sozialen Herkunft bestimmt wird. Deshalb fordert die Humanistische Union eine Umstrukturierung der bundesdeutschen Schule hin zu den Schulen der PISA-Gewinnerländer, bei denen Bildungsqualität und soziale Gerechtigkeit kein Widerspruch sind. Dazu gehört der Ausbau von Ganztagschulen, längeres gemeinsames Lernen und ein anderes Lernen. Statt soziale Nachteile zu verschärfen müssen benachteiligte Kinder gezielt gefördert werden.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD möchte die Ganztagschule ausbauen. Die frühkindliche Beratung und Betreuung soll verbessert werden, für den Besuch der Kita geworben werden und Kinder ab dem dritten Lebensjahr sollen ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz erhalten. Die Sprachkompetenz soll frühzeitig gefördert werden, indem Sprachtests durchgeführt und die verpflichtenden Sprachkurse für Kinder mit Förderbedarf zeitlich ausgebaut werden.

Die CDU möchte, dass die Sprachentwicklung und -fähigkeit von Kindern frühzeitig beurteilt wird. Pädagogische Fachkräfte sollen in die vorschulische Bildung einbezogen und die Diagnosefähigkeit des Erziehungspersonals verbessert werden. Für Kinder mit Sprachdefiziten soll ein verpflichtendes Vorschuljahr in einer Sprachförderklasse eingeführt werden.

Die Grünen wollen, dass jedes Kind zum dritten Geburtstag einen Kita-Gutschein für sieben Stunden Bildungszeit am Tag erhält und der Sprachförderung in der Kita einen größeren Stellenwert eingeräumt wird. Schulen, in denen sich soziale Problemlagen bündeln, sollen gefördert werden. Mit den durch die sinkenden Schülerzahlen frei werdenden Haushaltsmitteln soll die Qualität der Schulen verbessert werden.

Die Linke möchte die vorschulische Betreuung und Förderung, insbesondere im Bereich Sprachkompetenz, verbessern. Grundschulen, Schulen in sozialen Brennpunkten und solche mit einem hohen Anteil von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und nichtdeutscher Herkunftssprache sollen gefördert werden. Jedes Schulkind soll individuell gefördert werden, wobei Die Linke die Gemeinschaftsschulen als Vorreiter sieht.

Die FDP möchte eine frühzeitige Sprachförderung in den Kitas und verbindliche Startklassen für Kinder mit Sprachdefiziten. Für jeden Schüler soll ein persönliches Förderbudget zur Verfügung gestellt werden und Schüler dadurch individuell gefördert werden.

Die Piraten begrüßen das gemeinsame Lernen in den Gemeinschaftsschulen und wollen, dass bei der schulischen Bewertung individuelle Entwicklungen stärker berücksichtigt werden. Sie wollen die Sprachen der Schüler mit Migrationshintergrund an den jeweiligen Schulen als Lernfach etablieren. Bestehende Defizite sollen dadurch gemindert werden, dass Schüler in ihrer Muttersprache unterrichtet werden.

Gesellschaftliche Teilhabe

***Wie wollen Sie die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund verbessern?
Bitte nennen Sie Ihre drei wichtigsten Punkte.***

Position der Humanistischen Union

Für die Humanistische Union ist neben der Bildung die rechtlich-politische Teilhabe wichtig. Deshalb sollen bei Wahlen und direktdemokratischen Abstimmungen möglichst alle dauerhaft hier Lebenden mitbestimmen dürfen. Außerdem müssen sich die Verwaltungen stärker für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen. Sie müssen mehr MigrantInnen einstellen.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD unterstützt im Hinblick auf Partizipation eine Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle dauerhaft in Berlin lebenden Bürgerinnen und Bürger. Im Bildungsbereich soll die interkulturelle Kompetenz der Lehrer gestärkt werden; hierzu gehört auch die Einstellung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund. Zudem soll die Kultur der Anerkennung für die Menschen mit Migrationshintergrund gefördert werden, um der Ausgrenzung von Minderheiten und der Entstehung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken.

Die CDU fordert eine intensive Sprachförderung von Erwachsenen und Kindern, eine verbesserte Chancengerechtigkeit in Schule, Ausbildung und Arbeit, die Implementierung einer Willkommenskultur und die Entwicklung der interkulturellen Öffnung der Gesellschaft.

Die Grünen heben ab auf die zentrale Rolle von Bildung für die Teilhabe und fordern eine Qualitätsoffensive in den Bildungseinrichtungen. Dafür soll es mehr interkulturell geschultes und möglichst mehrsprachiges Personal in die Kitas und Schulen geben. Sie wollen Diskriminierungen abbauen, die Antidiskriminierungsstelle des Landes stärken, Einbürgerungen erleichtern und ein bezirkliches Wahlrecht für Drittstaatsangehörige.

Die Linken planen eine Auswertung bestehender Erfahrungen zum Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz sowie eine entsprechende Weiterentwicklung. Zudem soll das Wahlrecht auf alle dauerhaft hier lebenden Menschen ausgeweitet werden. Sie betonen den Wert eines gemeinsamen Schul- und Kita-Systems, das eine Ausgrenzung Einzelner, verhindert. Auch soll die interkulturelle Öffnung der Berliner Verwaltung weiter entwickelt werden, beispielsweise durch Erhöhung des Anteils von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst.

Die FDP schlägt die Übernahme des kanadischen Modells einer Integrationsvereinbarung vor. Demnach können Vereinbarungen getroffen werden zum Beispiel hinsichtlich des Erlernens der deutschen Sprache durch die Zuwanderer oder deren Kinder (als Voraussetzung für die Einschulung), der Achtung von Gesetzen, der Gleichberechtigung oder der Trennung von Staat und Kirche. Die Sprachkenntnisse noch nicht schulpflichtiger Kinder sollen untersucht werden; Kinder mit Sprachdefiziten sollen eine Sprachförderung in der Kita erhalten. Schließlich soll über die Bundesebene eine verbesserte Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen erreicht werden.

Die Piraten fordern Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Vereinfachung des Zugangs zum Arbeitsmarkt. Gefordert wird das Recht auf demokratische Mitbestimmung auf allen Ebenen der städtischen Politik sowie das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger. Zudem gefordert werden die Abschaffung der sog. Residenzpflicht und eine Freizügigkeit von Flüchtlingen innerhalb der EU.

Integrationsperspektiven

Wie wollen Sie Flüchtlingen, insbesondere langjährig Geduldeten, eine Integrationsperspektive bieten? Bitte nennen Sie Ihre drei wichtigsten Punkte.

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union sieht in der rechtlichen Ungleichbehandlung von Flüchtlingen das größte Hindernis für Integration. Dazu gehören aufenthaltsrechtliche Unsicherheit, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Beschränkungen beim Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Gesundheitsversorgung.

Die Humanistische Union fordert, eine Bleiberechtsregelung, die allen Geduldeten eine dauerhafte Zukunftsperspektive eröffnet. Bisherige Altfallregelungen sind wegen Fristen und Ausnahmen Stückwerk

geblieben. Zudem fordern wir eine Abschaffung der Residenzpflicht und, auch für Menschen ohne Papiere, einen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Dafür soll Berlin sich auf Bundesebene einsetzen und auf Landesebene alle rechtlichen Spielräume im Sinne der Betroffenen nutzen.

Die Humanistische Union ist für eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete. Die größten Hindernisse für eine Integration sind aufenthaltsrechtliche Unsicherheit, Arbeits- und Ausbildungsverbote. Berlin muss sich im Bundesrat und auf der Innenministerkonferenz für eine Regelung einsetzen, die Geduldeten eine Zukunftsperspektive eröffnet. Zudem müssen die Spielräume des Aufenthaltsgesetzes offensiv im Sinn der Betroffenen genutzt werden. Die Entscheidungen der Härtefallkommission müssen vom Innensenator beachtet werden.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD will auch Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus Zugang zu Bildung und Ausbildung verschaffen, Familien in das Bleiberecht von Kindern einbeziehen und für Menschen ohne Papiere den Zugang zur Gesundheitsversorgung erweitern.

Die CDU will keine Integrationsanstrengungen für Ausländer, die kein dauerhaftes Bleiberecht erhalten können und nennt als Beispiel abgelehnte Asylbewerber. Für aus humanitären Gründen aufgenommene Flüchtlinge oder langjährig Geduldete mit Aufenthaltserlaubnis soll das gelten, was bereits zur vorherigen Frage gesagt wurde.

Die Grünen wollen eine „humane und integrationsfreundliche Bleiberechtsregelung“, keine Heimunterbringung von Flüchtlingen und die Abschaffung beziehungsweise größtmögliche Lockerung der Residenzpflicht.

Die Linke will unter anderem eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung, die Legalisierung von Menschen ohne Papiere, Anspruch auf Sozialleistungen statt Asylbewerberleistungsgesetz, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, möglichst keine Unterbringung in Sammelunterkünften und die Residenzpflicht abschaffen. Die Linke verweist auf entsprechende Initiativen der derzeitigen Regierung

Die FDP will eine Bleibeperspektive für Studienabsolventen und Abiturienten, eine wohlwollende Prüfung der Umwandlung von langjähriger Duldung in langfristigen Aufenthaltsstatus, eine Beschleunigung von Asyl- und Anerkennungsverfahren und Erleichterungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt.

Die Piraten wollen Flüchtlinge durch Einbürgerung und mehrfache Staatsbürgerschaft vor Abschiebung schützen, die Praxis der Wohnheimunterbringung beenden und jedem Flüchtling Bildung und Fortbildung ermöglichen.

Strafvollzug

Vermeidung von Haft

Welche Maßnahmen zur Vermeidung von Gefängnisaufenthalten sollten aus Ihrer Sicht ergriffen werden?

Position der Humanistischen Union

Für die Humanistische Union ist eine Haftstrafe nicht nur der Ausdruck eines individuellen, sondern auch eines gesellschaftlichen Scheiterns und ein tiefer Einschnitt in die persönliche Freiheit. Energische Gegenmaßnahmen sind daher auf unterschiedlichen Ebenen notwendig. Sie reichen von sozialer Präventionspolitik über geringere Strafmaße bis zu Haftvermeidungs- und Haftverkürzungsmaßnahmen.

Außerdem gilt immer noch der Satz: Eine gute Sozialpolitik ist die beste Politik gegen Verbrechen.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD setzt als erstes auf Prävention, die durch eine effektive Zusammenarbeit von Polizei, Justiz, sozialen Diensten und anderen Einrichtungen gewährleistet werden könne und bei Inhaftierten auf Resozialisierung.

Die CDU weist auf Modelle, in denen Straftäter anstatt einer Haftstrafe gemeinnützige Arbeit leisten müssen, hin und möchte sie stärker bekannt machen.

Die Grünen halten diese Programme ebenfalls für sinnvoll und möchten sie vor allem im Bagatell-bereich öfters anwenden.

Die Linke hält die Resozialisierung ebenfalls für wichtig und verweist vor allem für Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen auf die „Arbeit statt Strafe“-Programme.

Die FDP hält diese Programme, vor allem weil ein Haftplatz pro Gefangenen täglich circa 90 Euro koste, ebenfalls für sinnvoll. Deshalb will sie auch prüfen, ob Hausarrest und das Tragen von Fußfesseln möglich seien.

Die Piratenpartei hält Prävention für das beste Mittel gegen Gefängnisaufenthalte, möchte prüfen, ob bestimmte Vergehen strafbar sein sollen und ist für „Arbeit statt Strafe“-Programme.

Entlassung auf Bewährung

Bei den vorzeitigen Entlassungen auf Bewährung liegt Berlin bundesweit ganz hinten. Wie kann Berlin hier seine Position verbessern?

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union fordert eine Vollzugsplanung, die regelmäßig und systematisch auf eine vorzeitige Entlassung hinarbeitet. Dafür muss in den Berliner Gefängnissen wieder das gesetzlich festgelegte Resozialisierungsziel ernst genommen werden. Es muss eine überprüfbare Vollzugsplanung geben. Dafür muss entsprechend qualifiziertes Personal eingestellt werden.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD verweist auf die Unabhängigkeit der Justiz.

Die CDU hat mit den wenigen vorzeitigen Entlassungen kein Problem, weil eine besonders großzügige Praxis der vorzeitigen Entlassung kein Qualitätsmerkmal sei.

Die Grünen wollen, dass in der Haft mit den Gefangenen von Anfang an auf eine vorzeitige Entlassung hingearbeitet wird. Dafür müsse es in den Gefängnissen mehr Betreuung, mehr Resozialisierung und mehr verantwortbare Vollzugslockerungen geben.

Die Linke verweist ebenfalls auf die Unabhängigkeit der Justiz und darauf dass sich in Berlin ein knappes Drittel der Gefangenen im offenen Vollzug befindet. Dennoch möchte sie mehr Vollzugs-lockerungen und vorzeitige Entlassungen erreichen.

Die FDP meint, dass dafür Vollzugspläne rechtzeitig erstellt und regelmäßig aktualisiert werden müssten. Denn jede erfolgreiche vorzeitige Entlassung entlaste den Haushalt.

Haftbedingungen

a) Einige unserer Haftanstalten sind in einem sehr schlechten Zustand. Wie wollen Sie die Haftbedingungen verbessern?

Position der Humanistischen Union

Die Humanistische Union hält weiterhin den baulichen Zustand der Berliner Haftanstalten – manche stammen aus dem vorletzten Jahrhundert – für stark verbesserungsbedürftig. Zudem findet in manchen Bereichen des Berliner Strafvollzugs nur ein Verwahrvollzug statt des gesetzlich vorgeschriebenen Behandlungsvollzugs statt. Die chronische Überbelegung verschärft alle anderen Probleme und erschwert die Resozialisierung. Gerichte hatten festgestellt, dass viele in Berlin Inhaftierte rechts-widrig oder sogar verfassungswidrig untergebracht sind. Alle Inhaftierten haben Anspruch auf eine Einzelzelle. Trotzdem gibt es in Berlin immer noch Mehrpersonenzellen.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Für die SPD wird sich Ende 2012, mit der Eröffnung der Justizvollzugsanstalt Heidering (im Folgenden“ JVA Heidering“ genannt) die Situation verbessern. Dann könnten auch die alten Gefängnisse umgestaltet werden.

Die CDU sieht das ähnlich.

Die Grünen hätten anstatt des Neubaus lieber die alten Gefängnisse saniert, aber jetzt wollen sie, dass nach der Eröffnung der JVA Heidering andere Gefängnisse geschlossen werden.

Die Linke sieht die Eröffnung der auch personell gut ausgestatteten JVA Heidering ebenfalls als Chance, die Situation in den alten Gefängnissen zu verbessern.

Die FDP ist wegen der teilweise verfassungswidrigen Haftbedingungen für die JVA Heidering und sieht mit der Eröffnung ebenfalls die Möglichkeit, die alten Gefängnisse teils zu sanieren, teils zu schließen.

Die Piratenpartei spricht sich in ihrer Antwort generell gegen Überbelegung, für mehr Freigang und gegen den Weiterbetrieb von sanierungsbedürftigen Gefängnissen aus.

b) Welche Änderungen des Strafvollzugsgesetzes - insbesondere in Bezug auf die Mediennutzung (Internet) und Resozialisierung - halten sie für wünschenswert?

Position der Humanistischen Union

Das Leben in der Haft sollte sich möglichst wenig von dem normalen Leben unterscheiden. nicht lebensfremd sein. Heute gehört neben einem Fernseher auch der Zugang ins Internet zu einer essentiellen Mediennutzung. Sie den Gefangenen zu verwehren führt dazu, dass sie sich nach ihrer Haft wesentlich schwerer integrieren können.

Ebenso sind die Möglichkeiten, während der Haftzeit Besuche zu empfangen, auszubauen. Die Kontrolle von empfangenen Postsendungen und Paketen sollte immer in Anwesenheit des Gefangenen erfolgen. Verbote von bestimmten Gegenständen (beispielsweise Tauchsieder) und Systemen (zum Beispiel ist derzeit der Empfang des Teletextes gesperrt) sind regelmäßig auf ihre Verhältnismäßigkeit zu überprüfen.

Positionen der Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD hält rechtliche Änderungen nicht für entscheidend. Wichtiger seien weniger Inhaftierte und bessere Haftbedingungen für den Einzelnen. Eine Internetnutzung durch Gefangene sieht sie skeptisch.

Die CDU sieht das ähnlich und fordert daher auch eine bessere Betreuung der Gefangenen.

Die Grünen wollen prüfen, wie die Sicherheitsbedenken gegenüber elektronischen Medien ausgeräumt und Inhaftierte sie wenigstens eingeschränkt, zum Beispiel für ihre Weiterbildung, nutzen können.

Die Linke hält ebenfalls die Praxis für wichtiger als den rechtlichen Rahmen. Sie kann sich ebenfalls einen regulierten Zugang zum Internet vorstellen.

Die FDP ist bei Untersuchungsgefangenen, auch wegen der Verdunkelungsgefahr, für einen restriktiven Zugang zu Telefon und Internet. In der Sicherungsverwahrung könne dagegen der Zugang einfacher ermöglicht werden.

Die Piratenpartei ist für einen freien Zugang zum Internet. Nur wenn die Gefahr von weiteren Straftaten besteht, soll er kontrolliert werden.

Sicherungsverwahrung

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte muss die Sicherungsverwahrung reformiert werden. Das führt dazu, dass auch einige in Berlin Sicherungsverwahrte freigelassen werden. Außerdem können entlassene Sicherungsverwahrte ihren Wohnort frei wählen.

Wie wollen Sie das Urteil des EuGH umsetzen?

Wie sollen die Sicherungsverwahrten auf die Freiheit vorbereitet werden?

Position der Humanistischen Union

Sicherungsverwahrte haben ihre Haftstrafe abgesessen, sind daher frei und sollten damit auch wieder alle bürgerlichen Rechte genießen. Ausnahmen kann es nur in begründeten Einzelfällen geben.

Bei den jetzt bereits Sicherungsverwahrten muss unverzüglich eine Vorbereitung auf ein Leben in Freiheit stattfinden. Dazu zählen alle Maßnahmen, die bereits während der Haft hätten erfolgen sollen. Sie müssen möglichst schnell eine Perspektive auf ein Leben in Freiheit erhalten.

Bei den Inhaftierten, die nach ihrer Haftstrafe in Sicherungsverwahrung kommen können, sollte bereits jetzt eine Vollzugsplanung erstellt werden, die eine möglichst frühe Entlassung anstrebt. Im Gegensatz zum jetzigen Denken, dass diese Verurteilten erst möglichst spät therapiert werden, sollten sie als erste therapiert werden.

Positionen Parteien

Zusammenfassung:

Die SPD und die Linke erklären vor allem den Sachstand, der in dem gemeinsam mit Brandenburg erstelltem Papier „Eckpunkte für den Vollzug der Sicherungsverwahrung“ festgeschrieben wurde und den Runden Tisch von Justiz-Experten, Psychologen und Polizisten, der für jeden Sicherungsverwahrten prüft, welche Weisungen und Auflagen nach der Entlassung bestehen müssen.

Die Linke weist außerdem auf ihre grundlegende Kritik an der Sicherungsverwahrung hin und lehnt eine 24-Stunden-Überwachung oder eine Veröffentlichung der Adresse der Entlassenen ab.

Für die CDU steht der Schutz der Bevölkerung im Vordergrund. Sie will, dass einige Sicherungsverwahrte in geeigneten, in Berlin noch nicht bestehenden Einrichtungen untergebracht werden, in denen die Therapie im Vordergrund steht. Um die Sicherungsverwahrten auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten, fordert die CDU eine Erhöhung des Personalschlüssels und begleitete Ausführungen. Bei entlassenen Sicherungsverwahrten müssen Meldeauflagen und Verbote ausgesprochen werden. Sie ist für die elektronische Fußfessel und eine Gefährderdatei.

Die Grünen will die Sicherungsverwahrten, die sich in den vergangenen Jahren zum Teil selbst abgeschrieben haben, intensiv auf die Entlassung und ein Leben in Freiheit vorbereiten. Das soll in einer Einrichtung geschehen, die sich deutlich von der Haft unterscheidet. Insgesamt müsse für alle Verurteilten ein Behandlungsvollzug stattfinden.

Die FDP fordert, dass Sicherungsverwahrte bereits während ihrer Haftstrafe mittels entsprechender Betreuung und Therapie auf ein Leben in Freiheit vorbereitet werden. Die derzeitigen Sicherungsverwahrten sollen freigelassen werden, wenn sie nicht nach dem Therapieunterbringungsgesetz in eine andere Einrichtung kommen können. Bei den entlassenen Sicherungsverwahrten sei zu prüfen, ob es im Einzelfall besonderer Maßnahmen bedarf.

Die Piratenpartei ist für die Umsetzung des Gerichtsurteils. Die Entlassenen dürfen dann auch ihren Wohnort frei wählen und sollten dort ein Angebot an geeigneten Therapien erhalten. Schon vor der Sicherungsverwahrung sollte es in der Haft mehr Therapieangebote geben.

Treffen

Der Landesverband Berlin-Brandenburg der Humanistischen Union trifft sich immer am ersten und dritten Mittwoch im Monat um 19.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle (Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin).

Die nächsten Treffen sind am 7. September, 21. September und 5. Oktober 2011.

Interessierte sind jederzeit willkommen.

Spenden

Mit einer Spende können Sie die Arbeit der Humanistischen Union Berlin-Brandenburg unterstützen:

Humanistische Union Berlin
Konto: 30 74 230
BLZ: 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft

Wir sind wegen Förderung der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur vom Finanzamt für Körperschaften I in Berlin (StNr. 27/667/53108) von der Körperschaftsteuer befreit. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, geben Sie bei der Überweisung bitte Ihren Namen und Ihre Anschrift im Betreff an.

Impressum

Humanistische Union, Landesverband Berlin-Brandenburg
Haus der Demokratie und Menschenrechte (Vorderhaus, 2. OG)
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Telefon: 030 – 2 04 25 04

Fax: 030 – 20 45 02 57

E-Mail: berlin@humanistische-union.de

Homepage: <http://berlin.humanistische-union.de>

Text: Norman Bäuerle, Tobias Baur, Axel Bussmer, Anja Heinrich, Roland Otte und die aktiven Mitglieder des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der Humanistischen Union

Layout: Norman Bäuerle, Anja Heinrich

August 2011

Menschenwürde achten

Die Humanistische Union e.V. (HU) ist eine unabhängige Bürgerrechtsorganisation. Seit unserer Gründung 1961 setzen wir uns für den Schutz und die Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte ein. Im Mittelpunkt steht für uns die Achtung der Menschenwürde. Wir engagieren uns für das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und wenden uns gegen jede unverhältnismäßige Einschränkung dieses Rechts durch Staat, Wirtschaft und Kirchen.

Bürgerrechte durchsetzen

Eine größtmögliche Verwirklichung von Menschenrechten und Freiheit ist an Bedingungen gebunden. Dazu gehören Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt. Demokratische Teilhabe muss auch jenseits von Parteien und Wahlen gewährleistet sein. Es reicht nicht, wenn Rechte nur auf dem Papier stehen. In einer pluralistischen Gesellschaft müssen auch radikale Meinungsäußerungen möglich sein.

Demokratie stärken

Was will die Humanistische Union?

- Erhalt von Rechtsstaatlichkeit auch in Krisenzeiten
- Menschenwürdige Haftbedingungen und eine Kriminalpolitik, die nicht nur auf Gefängnisse setzt
- Abschaffung der Geheimdienste
- Stärkung des Datenschutzes und umfassende Informations- und Akteneinsichtsrechte
- Mehr direktdemokratische Beteiligungsrechte
- Gleichberechtigung aller Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften
- Abschaffung staatlicher Kirchenprivilegien

Was macht die Humanistische Union?

- Wir informieren über Bürgerrechtsverletzungen und geben Impulse für öffentliche Diskussionen, z.B. durch Fachtagungen, Diskussionsveranstaltungen, Publikationen.
- Wir sind Mitherausgeberin des Grundrechte-Reports und der Zeitschrift *vorgänge*.
- Wenn es in Parlamenten und Regierungen um Bürgerrechte geht, melden wir uns mit Stellungnahmen und Gutachten zu Wort.
- Menschenrechte müssen auch hinter Gittern geachtet werden. Darum arbeiten wir in Gefangenenbeiräten.

Bürgerrechte brauchen Unterstützung

Mit jeder Mitgliedschaft und jeder Spende unterstützen Sie unsere Arbeit und helfen mit, für Bürger- und Menschenrechte einzutreten. Die HU ist als gemeinnützig anerkannt, Beiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Der Jahresbeitrag liegt bei 90 Euro für Einzelmitglieder, für Mitglieder in häuslicher Gemeinschaft